

# Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Bierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 RM.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pfg. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine**  
(Vereins-Vorstände)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.  
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 92.

Berlin, Mittwoch, 16. November 1910.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis:

Die Gewerbegerichtswahl in Berlin. — Ein Wort für den Gewerbeverein der Frauen und Mädchen. — Konsumgenossenschaftliche Produktion in England. — Allgemeine Rundschau. — Gewerbevereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

## Die Gewerbegerichtswahl in Berlin.

Die Entscheidung ist gefallen, der Kampf ist zu Ende. Die Wahl der Arbeitnehmerdeputierten für das Gewerbegericht Berlin ist am Sonntag vollzogen worden. Die „freien“ Gewerkschaften erhielten auf ihre Liste 80 621 Stimmen gegen 75 968 im Jahre 1908; auf die Liste der Deutschen Gewerbevereine entfielen 2972 gegen 4732, der Allgemeine Deutsche Metallarbeiterverband, d. h. die Wiesenthalische Organisation, bereitete 2644 Stimmen gegen 529 und die christlichen Gewerkschaften 2324 gegen 2766. Die „freien“ Gewerkschaften und besonders der Wiesenthalische Metallarbeiterverband haben also einen Stimmenzuwachs zu verzeichnen, während unsere Stimmen und die der Christlichen zurückgegangen sind. Dem Stimmenverhältnis entsprechend erhalten die „freien“ Gewerkschaften wie bei der vorigen Wahl 64, die übrigen Organisationen je 2 Sitze.

Die Tatsache kann nicht aus der Welt geschafft werden, daß das Wahlergebnis ein recht unerfreuliches ist. Die Schuld daran hat zum großen Teil die ganze politische Situation. Sozialdemokratie und „freie“ Gewerkschaften sind eins, und wie sich bei den politischen Wahlen überall ein starker Radikalismus und damit ein Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen bemerkbar macht, so sind auch diese Gewerbegerichtswahlen von der ganzen Strömung beeinflusst gewesen. Zugute kommt den „freien“ Gewerkschaften außerdem die große Masse, die naturgemäß die Schwankenden zu sich herüberzieht, und der große Apparat an Hilfskräften, der ihnen zur Verfügung steht. Selbst die politische Organisation können sie für sich ausnützen, da der Aufenthalt mancher Arbeiter dadurch leichter festgelegt werden kann. Es besteht nämlich ein Unterschied zwischen den Wahlen in einer Großstadt wie Berlin und an einem kleinen Orte. In den großen Häusern, die namentlich in den Arbeiterquartieren viele Seitenflügel und Quergebäude haben, ist es oft schwer, die Adresse eines Arbeiters, der irgendwo in Schlafstelle wohnt, zu ermitteln. Wo mehrere Angehörige einer Organisationsrichtung in einem solchen Hause wohnen und außerdem noch die Liste der politischen Organisation zur Verfügung steht, sind die Schwierigkeiten in dieser Beziehung nicht so groß.

Der unbestreitbar glänzende Erfolg, den der Wiesenthalische Allgemeine Metallarbeiterverband erzielt hat, ist nicht allein der rührigen Agitation dieser Richtung zu verdanken. Er ist sicherlich erleichtert worden dadurch, daß die Anarcho-Sozialisten zum großen Teile für Wiesenthal eingetreten sind. Die Hilfskräfte der Wiesenthaler trugen außerdem große rote Schleifen und haben dadurch sicherlich manchen „Genossen“ zur falschen Stimmabgabe verleitet. Auch der Name dürfte viele irregeführt haben. Dazu kommt, daß der Wiesenthalische Verband in der überwiegenden Mehrzahl aus Angehörigen eines einzigen Berufes, aus Koblerlern, besteht, die zusammen arbeiten, in engen Beziehungen miteinander stehen und deshalb auch die Agitation wirksamer betreiben können, weil sie ihre Kräfte nicht über ein größeres Gebiet zu verteilen brauchen. Recht unangenehm wird der Erfolg der Wiesenthaler gerade dem „Vornarr“ sein, der noch am Sonnabend die Berliner Arbeiter aufforderte, „diesem Koblerlerverein zu beweisen, welche Nichtachtung er sich errungen hat“. Auf allzu frucht-

baren Boden ist der Appell, wie das Wahlergebnis zeigt, nicht gefallen.

Daß die Deutschen Gewerkevereine in Berlin in Anbetracht der Stärkeverhältnisse der Organisationen keine Stimmenzahl erreichen würden, die auch nur entfernt derjenigen der „freien“ Gewerkschaften gleichkommt, war vorauszu sehen. Dies ist auch von uns wiederholt zum Ausdruck gebracht worden. Trotz alledem muß es ausgesprochen werden, daß das Resultat für uns ein recht unerfreuliches ist. Es zeigt, daß nur etwa 60 Prozent der wahlberechtigten Gewerkevereinskollegen ihre Schuldigkeit getan haben. Die übrigen sind der Wahl ferngeblieben aus Gründen, die natürlich schwer anzugeben sind. Mancher von ihnen wollte sich vielleicht nicht den Anpöbelungen und Beleidigungen aussetzen, die sie sich bei der Wahl vor zwei Jahren seitens der „Genossen“ gefallen lassen mußten. Stichhaltig ist ein solcher Grund natürlich nicht. Es gibt überhaupt keinen Entschuldigungsgrund für das Fernbleiben von der Wahl außer Krankheit oder Abwesenheit von Berlin. Es kann also einem großen Teil der Berliner Kollegen der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß sie sich einer groben Pflichtverletzung schuldig gemacht haben. Tief bedauerlich ist es, daß hier und da selbst Ausschußmitglieder versäumt haben, ihr Stimmrecht auszuüben. Solche Kollegen gehören nicht auf einen Vertrauensposten, und es wird Aufgabe der Mitglieder sein, an deren Stelle bei den demnächstigen Ausschußwahlen Männer zu wählen, die das Vertrauen, das man in sie setzt, auch wirklich rechtfertigen.

Auch noch einen anderen Vorwurf können wir nicht unterdrücken. Die Zahl der Hilfskräfte, die sich zur Uebernahme eines Ehrenamtes bei der Wahl zur Verfügung gestellt hat, war absolut unzureichend. Während namentlich die „freien“ Gewerkschaften vor den einzelnen Wahllokalen 6 bis 8 Stimmzettelverteiler zur Verfügung hatten, die regelmäßig abgelöst wurden, waren wir mehrfach genötigt, uns mit einem Stimmzettelverteiler zu begnügen, der dann bisweilen viele Stunden auf seinem Posten ausharren mußte. Auch zum Schlepperdienst hatten sich nicht genügend Kollegen zur Verfügung gestellt. Das sind durchaus unerfreuliche Erscheinungen, und die Berliner Kollegen sind in dieser Hinsicht den anderen draußen im Lande nicht mit gutem Beispiel vorangegangen. Dazu kommt, daß auch das von den einzelnen Ortsvereinen zur Verfügung gestellte Listenmaterial vielfach recht mangelhaft war.

Alle diese Dinge mußten einmal offen ausgesprochen werden. Wenn wir Fehler beseitigen wollen, so müssen wir sie erst einmal aufdecken. Nur dann kann für Abstellung gesorgt werden, und wir sind überzeugt, daß die Berliner Kollegen aus dieser Wahl manche Lehre ziehen und dafür sorgen werden, daß wir das nächste Mal besser abschnitten.

Erfreulich ist es, daß wir wenigstens die zweitgrößte Stimmenzahl auf unsere Liste vereinigt haben. Die große Parade, die die Christlichen vor vierzehn Tagen im Hirtens-Buch veranstaltet haben und die zweifellos als Agitationsmittel für die Gewerbegerichtswahl dienen sollte, hat also ihren Zweck nicht erfüllt. Den zweiten Beisitzer erhalten die Christlichen nur deshalb, weil sie den größten Restüberschuß an Stimmen haben. Bei der vorigen Wahl hatten sie erklärt, daß außer den sogenannten freien Gewerkschaften bei den Berliner Gewerbegerichtswahlen nur die Christlichen in Betracht kämen. Der Ausgang der damaligen Wahlen scheint ihnen den Mund etwas gestopft zu haben. Sie sind diesmal wohlweislich bescheidener gewesen. Sie wußten wohl, weshalb.

Mit Genugtuung und Anerkennung muß aber auch festgestellt werden, daß in einer Anzahl von

Bezirken bei der diesmaligen Wahl auf unsere Liste mehr Stimmen abgegeben worden sind. Es ist das ein Beweis dafür, daß dort, wo die Arbeit mit Energie und Eifer betrieben wird, auch für unsere Sache selbst in Berlin noch Erfolge erzielt werden können. Hätte man in den übrigen Bezirken so fleißig und zielbewußt gearbeitet wie dort, so wäre das Gesamtergebnis ein ganz anderes geworden. Wir haben deshalb auch absolut keine Ursache, müßlos zu werden und auf den Kampf für die Zukunft zu verzichten. Im Gegenteil, wir müssen aus den Vorgängen bei dieser Wahl lernen, das nächste Mal unsere Kräfte doppelt anspannen und dafür sorgen, daß die Laubeit innerhalb unserer Kreise einer größeren Mäßigkeit Platz macht. Es genügt nicht, daß mit der Leitung der einzelnen Wahlbezirke Kollegen betraut werden, die mit der nötigen Erfahrung auch Arbeitskraft und Arbeitslust vereinigen und die Gewähr dafür bieten, daß sie nicht nur den letzten Gewerkevereinskollegen zur Wahl bringen, sondern auch aus den Kreisen der Unorganisierten Stimmen für uns zu werden verstehen. Klein können sie diese Arbeit nicht leisten. Sie müssen eine möglichst große Zahl von hilfsbereiten Vertrauensmännern zur Verfügung haben, die schon lange vor der Wahl ihnen zur Seite stehen. Bei gutem Willen und bei Anspannung der uns zur Verfügung stehenden Kräfte ist mehr zu erreichen, als diesmal erreicht worden ist. Das muß uns für die Zukunft ein Ansporn sein.

Der Wahlkampf ist vorüber. Trotzdem muß unsere Lösung heißen: Auf zum Kampfe! Das Obmannersystem, das wir uns für Berlin geschaffen haben, muß beibehalten und ausgebaut werden. Schon jetzt müssen ferner die Obliegenheiten daran denken, sich die nötigen Hilfskräfte zu erziehen, damit für die Stunde der Entscheidung alle Vorbereitungen genügend getroffen sind. Die Hauptsache aber ist, daß wir für die Ideen der Deutschen Gewerkevereine immer weitere Kreise gewinnen. Je größer unsere Schar, um so größer auch unser Erfolg.

## Ein Wort für den Gewerbeverein der Frauen und Mädchen.

Eine geraume Zeit ist bereits seit dem Verbandstage verfloßen, der sich mehrfach mit der Organisation der Arbeiterinnen beschäftigt und auch Mittel und Wege gesucht hat, die Ortsvereine der Frauen und Mädchen zu stärken bezw. neue zu gründen. Der Hauptleitung des Verbandes allein kann diese Arbeit nicht überlassen werden. Sie kann nur das notwendige Material liefern und die Ortsverbände mehr für diese Frage interessieren. Die eigentliche Arbeit muß in den Ortsverbänden selbst geleistet werden. Es muß allerdings zugegeben werden, daß schon jetzt die Aufgaben der Ortsverbände ziemlich stark sind. Doch auch vor der Organisation der Arbeiterinnen dürfen sie nicht zurückschrecken, wollen wir diese Sache nicht den Gegnern allein überlassen.

Wie notwendig die Organisation der Arbeiterinnen ist, braucht nicht erst nachgewiesen zu werden. Werden nicht jeden Tag Arbeiterinnen gesucht, aus dem einfachen Grunde, weil sie billiger entlohnt werden? Die Frau, welche genötigt ist, Arbeit zu suchen, um dem Manne eine Stütze zu werden, kein geringes Einkommen zu vergrößern, nimmt jede ungelernete Arbeit an. Froh in dem Gedanken, überhaupt eine Beschäftigung gefunden zu haben, fragt eine solche Frau wenig nach dem Lohn und wird dadurch zur Konkurrentin und Lohnrückerin. Sie schätzt ihre Arbeitskraft selbst meistens auf niedrig ein und vergißt, daß an der Stelle in Metallfabriken, Druckereien und anderen Betrieben, wo sie sich jetzt eingerichtet hat, früher ein Mann

arbeitete und Frau und Kinder von seinem Lohn allein erhalten mußte. Aber der Gedanke, daß durch das Mitverdiener auch bei geringem Lohn des Entkommens in der Wirtschaft besser zulant, läßt die Frau mit dem niedrigeren Lohn zufrieden sein.

Anders sieht es bei den unverheirateten Arbeiterinnen aus, die auf ihrer Hände Arbeit angewiesen und durch die geringen Löhne gezwungen sind, sich mit den schlechtesten Schlafstellen zu begnügen, in denen sie leicht in den aller schlechtesten Verkehr geraten. Man muß sich die Frage vorlegen: Ist das notwendig? Muß die Frau durchaus billiger arbeiten als der Mann? Diese Frage muß entschieden verneint werden, und unter Gewerkschaften der Frauen und Mädchen hat sich deshalb mit Recht die Aufgabe gestellt, dahin zu wirken, daß für gleiche Leistung auch der gleiche Lohn gezahlt wird. In den Arbeiterinnen selbst muß dieser Gedanke wachgerufen werden. Auch an den Gedanken muß man sich gewöhnen, daß sie sich ihrer Arbeit nicht zu schämen brauchen und auch deshalb daselbe verlangen können wie der arbeitende Mann.

Im ersten Abschnitt des Bundes „Freiwillig-nationale Arbeiterbewegung“ des Kollegen Erkelenz werden folgende Kindergeburtsziffern auf 1000 Frauen im Alter von 15 bis 50 Jahren festgestellt:

	Berlin	Berlin	Wien	Sankt
In sehr armen Bezirken	108	157	200	147
In armen Bezirken	95	129	164	140
In wohlhabenden Bezirken	72	114	155	107
In sehr wohlhabenden Bezirken	65	96	153	107
In reichen Bezirken	53	63	107	87
In sehr reichen Bezirken	34	47	71	63
	80	102	153	109

Diese Aufstellung zeigt uns, daß die Ärmsten der Armen eigentlich die Träger der Nation sind. Dann aber darf man sich auch nicht wundern, wenn angesichts der jetzigen Lebensmittelpreise und der dadurch bedingten Unterernährung die Militärtauglichkeit immer geringer wird. Warten wir nur einmal ab und lassen die jetzige Generation heranwachsen, dann werden wir sehen, daß alle Maßregeln für die Säuglingsfürsorge usw. nichts helfen, wenn durch teure Nahrungsmittelpreise das ganze Volk zur Unterernährung verurteilt ist. Leider scheint die Regierung davon nichts zu wissen, wenigstens schenkt sie dem Ruf der Arbeiter auf Abhilfe kein Gehör. Die Folge ist, daß die Frau immer mehr gezwungen wird, mitzuarbeiten.

Deshalb sei noch einmal an alle Gewerkschaften die Bitte gerichtet, mitzuarbeiten und ihre Frauen und Töchter zu tätigen Gewerkschaftkolleginnen zu erziehen. In den Ortsverbänden muß die Agitationsarbeit für den Gewerkschaften der Frauen und Mädchen energisch in Angriff genommen werden. Wo die Arbeit im Ortsverbande sich allzu sehr anhäuft, da muß man eine Kommission wählen, welche diese Arbeit übernimmt. Das hat den Vorteil, daß immer neue Kollegen zur Mitarbeit gewonnen werden. Frauorganisation und Jugendorganisation müssen jetzt die Hauptaufgaben aller unserer Kollegen sein. Wenn wir uns mit diesen beiden Fragen mit dem nötigen Ernst und der erforderlichen Energie beschäftigen, werden wir zum Ausbau unserer Organisation am meisten beitragen. Frau D. Döbeln.

### Konsumgenossenschaftliche Produktion in England.

Mit dem gewaltigen Ausbau der Eigenproduktion haben sich die englischen Konsumvereinsmitglieder eine ganz beträchtliche Verbesserung ihrer Lebenshaltung errungen. Im Jahre 1909 produzierten die britischen Konsumgenossenschaften und deren beide Großverkaufsgesellschaften in ihren eigenen Produktionsbetrieben für 460 000 000 Mark Waren, die deutschen dagegen mit 53 000 000 Mark nur knapp den achten Teil der britischen Genossenschaftsproduktion. Der Warenumsatz der britischen genossenschaftlichen Großverkaufsgesellschaften betrug 650 000 000 Mark und der der deutschen Großverkaufsgesellschaft erst 74 000 000 Mark.

Die größere der britischen Großverkaufsgesellschaften ist die der englischen Konsumgenossenschaften mit reichlich 450 Millionen Mark Jahresumsatz, die aus vier großen Betriebszentralen in Newcastle, Liverpool, London und Manchester besteht. Die Manchesterzentrale ist die größte und der eigentliche Sitz der englischen Großverkaufsgesellschaft. Von der noch deutschen Begriffen ganz außerordentlichen Größe zeugt die Tatsache, daß in dem Hauptkontor derselben allein 600 männliche und weibliche Angestellte mit Kontorarbeiten und im Lager 400 männliche und weibliche Angestellte beschäftigt werden müssen. Die hier befindliche

Bankzentrale hat bereits einen Bankumsatz von über 3 Milliarden Mark zu verzeichnen. 32 Direktoren haben in beinahe ununterbrochen stattfindenden Sitzungen alle Hände voll zu tun, dieses riesigen Unternehmens der englischen Konsumgenossenschaften zu leiten und zu regieren. Der Speiseaal dieser Zentrale faßt reichlich 2000 Personen. Für die Direktoren ist außerdem noch ein besonderer Speiseaal vorhanden. Auch verfügt diese Zentrale über ein eigenes Orchester. Die in der Umgebung der Zentrale befindlichen Fabriken der Großverkaufsgesellschaft stellen große und sehr ansehnliche Stadtviertel dar. Außer einem 250 000 Paar Schuhe und Stiefel, von den feinsten Damenstiefeln bis zu dem größten Bergarbeiterstiefelwert, umfassenden Schuhwarenlager sind in der Manchesterzentrale Lebensmittel-, Manufaktur- und Kurzwaren, Möbel, Reiseartikel, Haus- und Küchengeräte, Uhren, Juwelen, Kindewagen, Fahrräder, Pianos usw. pelagiert. Es wird eine ständige, gut und überflüssig geregelte Warenausstellung im Gange gehalten, die den Genossenschaftswaltern sehr gute Dienste beim Wareneinkauf leistet. Ein sehr großer Teil der auf Lager gehaltenen Waren stammt aus den eigenen Produktionsbetrieben. Allein zu der für die elektrische Beleuchtung und die Bewegung der in der Zentrale nötigen Fahrstühle erforderlichen elektrischen Energie sind vier Dampfmaschinen mit zusammen 1400 Pferdestärken im Betriebe. Die im Betriebe befindlichen 42 Fabriken besitzen an 100 Automobile. Ferner ist ein ständiges Baubureau eingerichtet, in dem die von der Großverkaufsgesellschaft vorzunehmenden Bauten vorbereitet und die Bauprojekte der beteiligten Genossenschaften sachmännlich geprüft werden. 13 geschulte Architekten sind mit dem nötigen Stützpersonal ständig hierbei beschäftigt.

In fünf eigenen M ü h l e n, die sich in Manchester, Oldham, Dunston on Tyne, Silbertown und Bristol befinden, können stündlich 260 oder täglich 6220 Säcke Mehl von je annähernd 2 1/2 Zentner gemahlen werden. Für mehr als 70 000 000 Mark Mehl werden in diesen fünf Mühlen jährlich hergestellt. Die erst im Jahre 1906 errichtete Sternmühle in Oldham, im Manchesterbezirk gelegen, allein hat im letzten Jahre für 6,75 Millionen Mark Mehl produziert. Die beiden größten dieser Mühlen sind die in Manchester und in Dunston on Tyne. In der ersteren werden stündlich 72 Säcke oder täglich 1700 Säcke und in der anderen stündlich 77 oder täglich 1850 Säcke Mehl hergestellt. In der Mühle in Dunston on Tyne sind Einrichtungen vorhanden, die es ermöglichen, daß in einer Stunde 700 Säcke Mehl zur Verladung gebracht werden können.

Nebst der Bezirkszentrale in London hat dort die englische Großverkaufsgesellschaft das größte Teehaus der Welt im Betriebe. Mit 24 Wischmaschinen werden je täglich 2000 bis 4000 Pfund Tee gemischt und zur Verpackung vorbereitet. 28 Paketiermaschinen packen stündlich zusammen 56 000 Pakete Tee. Daneben existiert jedoch noch eine ganz erhebliche Handpakerei. 700 Angestellte, darunter 500 weibliche, sind in diesem Riesenteriebetrieb beschäftigt. Der Wert des im Teehaufe ständig lagernden Tees beziffert sich auf annähernd 1 1/2 Millionen Mark. Der Wert der Jahresproduktion des Teehauses beläuft sich auf 24 Millionen Mark. Im Zusammenhang mit der Teeabteilung steht auch eine große Kakao-, Schokoladen- und Zuckerverarbeitungsfabrik. Es ist nicht möglich, alle die großen und vielen Fabriken der britischen Großverkaufsgesellschaften in diesem Rahmen zu schildern. Erwähnt seien deshalb nur noch einige der größten Genossenschaftsfabriken. Von den drei Seifenfabriken ist die in Jermol befindliche die größte. Es ist diese das größte derartige Unternehmen in Europa. Diese Seifenfabrik hat einen eigenen dreigleisigen Bahnhof von 250 Meter Länge. 13 Waggons zu je 100 Zentner verlasten, mit Seifenprodukten beladen, im Durchschnitt täglich diesen Bahnhof, um den Zentralen der Großverkaufsgesellschaft und den großen Konsumvereinen zugeführt zu werden. Mit dieser Fabrik ist eine große Ritenfabrik verbunden, hergestellt werden alle Sorten Seifen und Stearinlichter, und zwar wöchentlich 400 Tons oder reichlich 8000 Zentner. Von mehreren Schuhwarenfabriken ist die in Leicester befindliche die größte. In dieser sind an 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, und es liefert dieses Unternehmen allein täglich 6000 Paar Schuhe und Stiefel, von den größten bis zu den feinsten. In der Herrenkleiderfabrik sind 100 männliche Schneider und 460 Frauen und Mädchen beschäftigt. Die Hemdenfabrik beschäftigt unter weitestgehender Anwendung von Maschinen und sonstigen technischen Hilfsmitteln rund 450 Männerinnen. Gestellt werden in dieser Fabrik wöchentlich 1350 Duzend Hemden und 450 Duzend blaue Arbeiter-

anzüge. In der Möbelfabrik sind annähernd 170 Angestellte tätig, darunter 25 weibliche Antreiber. Dieses Unternehmen wird von nur einem Verwalter dirigiert. Unter einer kollegialen Leitung, die ursprünglich aus drei, dann aus zwei Geschäftsführern bestand, reüssierte dieses Unternehmen nicht. Eine ganz außergewöhnliche Sebenswürdigkeit stellen die mit bestem Erfolge arbeitenden großen Biskuitwerke der englischen Großverkaufsgesellschaft dar. Westriding wirkte die peinliche Sauberkeit dieses 600 Angestellte beschäftigenden Großbetriebes. Außer einem eigenen Saal für die Angestellten dieses Unternehmens, sind für diese bei der Fabrik besondere Plätze für Tennis-, Fußball- und Kridelspiele eingerichtet. Die Fabrik hat sogar eine eigene, zwölf Mann starke Feuerwehr. Gestellt werden wöchentlich 600 Zentner Bonbons, 15 000 Zentner Kafes und 30 Zentner feine Biskuits. 15 000 Büchsen dieser Fabrikate werden ständig am Lager gehalten.

In den englischen Genossenschafts-Produktionsbetrieben ist meist eine starke Beschäftigung von Mädchen und Frauen und auch in erheblichem Umfange Akfordarbeit anzutreffen. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen werden mit den in Betracht kommenden Trade Unions festgelegt.

Eine Eigentümlichkeit der englischen Konsumvereine ist es, daß der Warenvertrieb an die Mitglieder durch große Warenhäuser geschieht, die in viele Spezialabteilungen abgeteilt sind. Es finden sich außer Abteilungen für Kolonialwaren, Wägereiwaren, landwirtschaftliche Produkte, Molkereiprodukte, Fleischwaren, Kindermäde, Frauenmäde, Männerwäde usw. auch Abteilungen für Maßgarderobe, Putzmacherei und Schuhreparatur. Daher der höhere Durchschnittsumsatz der englischen Konsumvereinsmitglieder. Bei dessen Stärkung wirkt neben der besseren Lebenshaltung der englischen Bevölkerung auch der Umstand mit, daß für die englischen Arbeiter die Worte „Mein Haus ist meine Welt“ in vollem Umfange gelten.

Die in Deutschland von den herrschenden Gesellschaftsschichten gegen die Konsumgenossenschaften aufgetürmten gesetzlichen Hindernisse, die sich in der Hauptache in Umsatzsteuern und anderen ungerechten Steuerbedrückungen äußern, sowie der Kampf der Mittelständler gegen die Konsumvereinsvereinigungen werden ein dauerndes Hindernis der Entwicklung nicht bilden, sobald die unteren Volksschichten den festen Willen befunden werden, die Konsumgenossenschaftsbewegung vorwärts zu bringen.

### Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 15. November 1910.  
Ein Einführungsgezet soll der Reichsversicherungsordnung beigegeben werden, das bereits vom Bundesrat beraten und den zuständigen Ausschüssen überwiesen worden ist. Dieses Einführungsgezet soll alle diejenigen rechtlichen Grundlagen für den Uebergang aus dem bestehenden Zustand in die neuen Verhältnisse enthalten, die nur vorübergehender Natur und deshalb in die Reichsversicherungsordnung selbst aus Zweckmäßigkeitsgründen nicht aufgenommen worden sind. Solche Uebergangsbestimmungen werden notwendig beispielsweise bei der Krankenversicherung durch die Auflösung oder Zusammenlegung einzelner Klassen und die sich hieraus ergebenden vermögensrechtlichen Auseinandersetzungen. Auch die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung wird gesetzliche Ausführungsbestimmungen erfordern. Schließlich soll durch das Einführungsgezet auch die Aufhebung des § 15 des Zolltarifgezetes bewirkt werden, indem festgelegt wird, daß an seine Stelle die Reichsversicherungsordnung mit ihren festen Beiträgen zur Durchführung der Hinterbliebenenversicherung tritt. Da der Entwurf für das Ausführungsgezet auch von der Kommission für die Reichsversicherungsordnung beraten werden soll, dürfte diese Vorlage eine der ersten sein, mit der sich der Reichstag nach keinem Zulammentritt beschäftigen wird. Gleichzeitig mit ihr wird dann auch der Entwurf eines Gezetes betr. die Aufhebung des Silbtkassengezetes eingebracht werden, der vom Bundesrat schon im Frühjahr erliebet wurde. Ein ähnlicher Gezetesentwurf ist bereits zweimal, im Jahre 1905 und 1907, im Reichstag eingebracht, aber nicht verabschiedet worden. Die neue Vorlage hat gegen ihre beiden Vorgänger eine Umgestaltung erfahren. Denn der Teil des Entwurfs, der das Verhältnis der Silbtkassen zu den Krankentassen regelte, ist in die Reichsversicherungsordnung übergegangen. Dort werden auch die Voraussetzungen festgelegt, unter denen die Versicherungsvereine als Ersatzklassen zugelassen werden dürfen. Es bleiben

daber nur noch die allgemeinen Verhältnisse der Dittskassen einer besonderen gesetzlichen Regelung vorbehalten.

Die Reichsversicherungsordnungs-Kommission hat am 10. November die zweite Sitzung begonnen und zuerst die Beratung über die Unfallversicherung in Angriff genommen. Es entspann sich dabei eine ausgedehnte Debatte über den Kreis der Versicherten, den mehrere Anträge erweitert wissen wollten. Die Abstimmung ergab, daß der Unfallversicherung neu unterstellt werden sollen Gerbereibetriebe, die Steingerbereibetriebe, die Gerbereibetriebe, in denen Dekorateurarbeiten ausgeführt werden, die nichtgewerbemäßigen Binnen-schiffahrts-, Flößerei-, Brau- und Fährbetriebe, die gewerbemäßige Binnenfischerei, Fischzucht, Leichtindustrie und Eisgewinnung. Abgelehnt dagegen wurden die Anträge, die den Versicherungsanspruch ausdehnen wollten auf die Dienstleistung zur Rettung von Personen oder Sachen aus Feuersgefahr, auf Apotheken und Bühnenbetriebe, auf Gast- und Schankwirtschaften, sofern sie regelmäßig mehr als 10 Personen beschäftigen.

Ein Antrag auf Einführung von territorialen Unfallversicherungsgenossenschaften für solche Betriebe, in denen nicht regelmäßig mehr als 10 Arbeiter beschäftigt werden, wurde einer Unterkommission überwiesen.

Eine Erweiterung des Kreises der Versicherten wurde weiter dadurch herbeigeführt, daß auch diejenigen Betriebe, die elektrische Kraft erzeugen oder weitergeben, als Fabrikten im Sinne der Reichsversicherungsordnung gelten sollen. Der erneute Versuch, die Gewerbetreibenden den Betriebsunfällen gleichzustellen, mißlang. Es wurde nur ein Antrag angenommen, daß der Bundesrat berechtigt sein soll, die Unfallversicherung auf bestimmte gewerbliche Berufsgruppen auszuweiten und dazu besondere Vorschriften zu erlassen. Eine Reihe von Anträgen, die eine Erhöhung der Versicherungsleistungen bezweckten, wurde bis zum Schluß der zweiten Sitzung zurückgestellt.

Der Rechtsprechung der Gewerbegerichte sind laut Bekanntmachung des Senats vom 14. September d. J. in Hamburg die Kunst- und Handelsgärtnerien sowie die Baumschulen unterstellt worden. Alle gewerblichen Streitigkeiten zwischen den Besitzern und Gehilfen in solchen Betrieben werden also künftig vor dem Gewerbegericht zum Austrag gebracht werden. Das ist ein erfreulicher Fortschritt, mit dem Hamburg dem Vorgehen des Königreichs Sachsen folgt. In den meisten übrigen deutschen Bundesstaaten hat man sich noch nicht dazu entschließen können. Der Segen der Gewerbegerichte ist den Gärtnergehilfen vorenthalten. So sehr man sich aber auch über den Fortschritt in Hamburg freuen kann, so bedauerlich ist es, daß nicht ein Beispiel für das ganze Deutsche Reich die Rechtsverhältnisse der Gärtner geregelt sind. Es muß unbedingt darauf gedrungen werden, daß in dieser Beziehung ein einheitliches Verfahren beobachtet wird. Die Reichsregierung muß dazu Schritte tun, und zwar sehr bald.

Arbeiterbewegung. Die der gesamten deutschen Schindustrie drohende Ausperrung wird vermieden werden, da es in Dresden zwischen den streikenden Arbeitern und den Unternehmern zu einer Einigung gekommen ist. Die Schuhfabrikarbeiter haben die Zugeständnisse der Unternehmer angenommen. Damit ist der Streik beendet und die Ursache für die Ausperrung beseitigt. — Differenzen bestehen seit längerer Zeit in der Schuindustrie von Pirna. Auch hier wird mit einer allgemeinen Ausperrung gedroht. Es sind jedoch Einigungsverhandlungen in Aussicht genommen, die der Gewerberat Köfinger vermittelt hat. — Seit neun Wochen befinden sich in Liegnitz die Klavierarbeiter im Streik. Da einige Firmen keinerlei Entgegenkommen zeigen, läßt sich das Ende des Kampfes noch nicht absehen. — In Breslau haben die Holzarbeiter beschloßen, den im Februar kommenden Jahres ablaufenden Tarifvertrag zu kündigen. — In München ist es unter Mithilfe des Einigungsamtes des Gewerbegerichts geglückt, einen Tarifvertrag für das Holzhandwerk abzuschließen, der den Arbeitern sowohl hinsichtlich der Arbeitszeit als auch der Arbeitslöhne nicht un erhebliche Vorteile bringt. — In der mechanischen Seilerwarenfabrik in Bamberg ist es zu Differenzen gekommen, weil ein Polierer nach Ansicht seiner Kollegen zu unrecht nach einem anderen Saale verlegt worden ist. Die Polierer haben deshalb die Arbeit niedergelegt und verlangen, um weiteren Ungerechtigkeiten vorzubeugen, daß die Fabrikleitung mit einer Kommission der Arbeiter über den Fall verhandelt. Die Antwort darauf

war ein Anschlag des Inhalts, daß, wenn innerhalb 24 Stunden nicht sämtliche Polierer die Arbeit wieder aufgenommen haben, der gesamte Betrieb, der rund 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, gesperrt werden soll.

Der Streik der Bergleute in Südwales dauert fort. Die Erregung im Kampfgebiet ist noch immer sehr groß, so daß die englische Regierung es nicht wagt, das Militär zurückzuziehen. — Auch die Kesselschmiede verharren auf ihrem ablehnenden Standpunkt gegenüber dem von ihrer Organisationsleitung mit den Unternehmern vereinbarten Abkommen. — In dem spanischen Kriegshafen Ferrol sind die Arsenalarbeiter wegen der Entlassung eines Kollegen in den Streik getreten. Die Bewegung droht weitere Ausdehnung anzunehmen.

Das Bestehen einer Fleischsteuerung ist bekanntlich insbesondere von der preußischen Regierung entschieden bestritten worden. Demgegenüber liefert eine vergleichende statistische Tabelle der Lebensmittelpreise für das abgelaufene letzte Jahrzehnt, die vom Berliner Statistischen Amt angefertigt worden ist, hinreichend Beweismaterial, wie schlecht die preußische Regierung über die tatsächlichen Verhältnisse unterrichtet ist. Das „Berl. Tagebl.“ bringt aus jener Tabelle einige Mitteilungen, nach denen sich der Preisunterschied für das Pfund Rindfleisch, und zwar beim Oberkaale, zwischen 1901 und 1910 auf 21 Pfg. belief. Von 72 Pfg. stieg der Preis bis auf 93 Pfg. für Brust und Bauch betrug die Preissteigerung 16 Pfg. Die besten Kalbfleischteile stiegen um 10 Pfg.; doch ist hier seit 1906 ein Rückgang eingetreten. Kalbsbrust war in diesem Jahre um 13 Pfg., die minderwertigen Teile, wie Schulter und Bauch, um 18 Pfg. gestiegen. Beim Hammelfleisch zeigen die besten Stücke eine Preissteigerung von 18 Pfg., die minderwertigen von 16 Pfg. Schweinrücken und Rippenpeier weisen eine Preiserhöhung von 17 Pfg. auf. Schinken wurde um 15 Pfg., Bauch um 14 Pfg. teurer bezahlt, geräucherter Speck um 13 Pfg., geräucherter Schinken um 25 Pfg. Der Preis des Schweinefleischs war 1910 um 22 Pfg. teurer. Dabei sei bemerkt, daß es sich hier um Berliner Durchschnittspreise handelt. In demselben Zeitraum ist auch der Preis für Butter von 1,19 auf 1,26 Mark gestiegen, während sich die Eierpreise auf der gleichen Höhe gehalten haben.

Jedenfalls zeigen diese Zahlen, daß die notwendigsten Nahrungsmittel im letzten Jahrzehnt eine ständige und zwar recht erhebliche Preissteigerung erfahren haben. Daß diese Katastrophen den Regierungen unbekannt geblieben sein sollen, ist kaum anzunehmen. Es fängt denn auch bereits an zu dümmern. Der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Professor Stengel war von seinen Wählern aufgefodert worden, bei der Reichsregierung Schritte zur Abhilfe der Lebensmittelverknappung und Fleischnot zu unternehmen. Professor Stengel übermittelte dieses Schreiben dem Reichsamte des Innern und erhielt darauf vom Staatssekretär Dr. Delbrück den Bescheid, „daß die Erörterungen zur Beseitigung der bestehenden Lebensmittelverknappung noch nicht zum endgültigen Abschluß gekommen sind“.

Darin wird also wenigstens zugegeben, daß eine Lebensmittelsteuerung besteht. Immerhin ein Fortschritt! Bedenklich stimmt nur die Mitteilung, daß erst noch Erörterungen stattfinden sollen. Wir wissen ja, was es mit solchen Erörterungen und Erwägungen auf sich hat. Bis durchgreifende Maßregeln getroffen werden, können Jahre vergehen. Die Lebensmittelsteuerung aber schreit geradezu zum Himmel. Deshalb ist es notwendig, daß die Regierung sofort energische Schritte unternimmt und dafür sorgt, daß die Grenzen geöffnet werden. Tut sie das nicht, so begünstigt sie damit eine Unterernährung des Volkes, die auch die schwersten nationalen Gefahren zur Folge haben muß.

Dieser Erkenntnis scheint sich auch die bayerische Staatsregierung nicht mehr länger verschließen zu können. Durch eine außerordentliche Viehzählung in Bayern ist der Beweis erbracht worden, daß die Viehhaltung tatsächlich erheblich zurückgegangen ist. Seit 1907 hat die Zahl der Rinder um 240 000 Stück oder 6,4 Prozent abgenommen; die Zahl der Schafe ist um 97 000 oder 13,2 Prozent zurückgegangen. Mit Rücksicht auf diese ungünstigen Verhältnisse und auf den andauernd hohen Stand der Vieh- und Fleischpreise hat das Staatsministerium Schritte unternommen, um die Einfuhr von Schlachtvieh aus Frankreich nach Bayern zu ermöglichen. Ferner sind Verhandlungen eingeleitet betreffend die Einfuhr von Fleisch aus dem Auslande und Herbeiführung von Frachtermäßigung für die Be-

förderung gewisser Mastmittel. Es sollen aber auch bei der Reichsregierung Schritte getan werden, um eine Erleichterung der Einfuhr von Schlachtvieh aus Dänemark nach Norddeutschland herbeizuführen. Es wäre wirklich mit Freuden zu begrüßen, wenn diese Bemühungen der bayerischen Regierung von Erfolg gekrönt wären.

Für den Rückgang des Branntweinkonsums im Deutschen Reich liegt jetzt auch ein amtliches Dokument vor. Der Bundesrat hat nämlich das Gesamtkontingent der Brennereien, das bisher 2,25 Millionen Hektoliter betrug, für das Betriebsjahr 1910-11 auf 1 757 783 Hektoliter herabgesetzt. Die Branntweinsteuer hat nämlich trotz ihrer Erhöhung einen Minderertrag von 16 1/2 Millionen Mark gezeitigt, ein Resultat, das zweifellos auf den von der deutschen Arbeiterschaft verhängten Schnapsboykott zurückzuführen ist. Durch die Verminderung des Kontingents will die Regierung den Steuerausfall wieder wettmachen. Das Hektoliter kontingentierten Spiritus bringt 105 Mark Steuer. Jedes Hektoliter über das Kontingent wird mit 125 Mark, also 20 Mark höher besteuert. Der Gesamtpreis des Trinkbranntweins richtet sich natürlich nach der höheren Steuer, so daß also an jedem Hektoliter kontingentierten Spiritus 20 Mark mehr verdient werden. Bei einem Kontingent von 2,25 Millionen macht das 45 Millionen Mark aus, die Viebesgabe, die den Schnapsbrennern durch das Branntweinsteuergesetz gewährt wird. Die Herabsetzung des Kontingents hat also den Zweck, die Menge des minderbesteuerten Spiritus zu verringern, diejenige des höher besteuerten Spiritus dagegen zu vergrößern. Offenlich zeigt die Rechnung des Bundesrats auch im nächsten Jahre wieder ein Loch. Offenlich gelingt es, den Branntweinkonsum auch weiter einzuschränken, so daß das Kontingent schließlich so eingeschränkt wird, daß die Schnapsbrenner an seiner Erhaltung und der jetzigen Branntweinsteuererhebung kein Interesse mehr haben. Freilich ist zu befürchten, daß sie ihre Profitgier auf Kosten des Volkes dann auf andere Weise befriedigen werden.

Der Kampf gegen die Schulbibliothek wird in neuester Zeit mit erfreulicher Energie geführt. Gern nehmen wir von wirksamen Maßnahmen Kenntnis und unterbreiten sie der Öffentlichkeit in der Hoffnung, dadurch den Ansporn zu weiterem Vorgehen zu geben. Die Abteilung für Schulangelegenheiten des heftigen Ministeriums des Innern hat an die Direktion der höheren Schulen und Lehrereminare, die Leiter der höheren Bürgerschulen und die Kreisaußerkommissionen ein Schreiben gerichtet, in welchem folgende Maßnahmen empfohlen werden:

1. Die Leiter der Anstalten, die einen Jahresbericht an die Eltern ihrer Schüler versenden, wollen, wo die Verhältnisse es angebracht erscheinen lassen, die Eltern zum Kampf gegen die Schul- und Schandliteratur und ähnliche Feinde der Kinder auffordern.
2. Die Schülerbibliotheken sind überall, insbesondere auch in den Volksschulen, einzurichten und auszubauen und, wo öffentliche oder von den Kreisen unterhaltene Büchereien nicht bestehen, den Fortbildungsschülern zugänglich zu machen. Bei der Ergänzung der Bücherbestände ist den Bedürfnissen der jugendlichen Phantasie geeignete Rechnung zu tragen.
3. Die Lehrer wollen es sich angelegen sein lassen, gelegentlich immer wieder in belehrendem Sinne auf die Schüler einzuwirken und die regelmäßige Benützung der Schülerbibliotheken zu fördern. Dabei muß die Auswahl der Bücher den Schülern so freigelassen werden, daß sie die Bücherei mit Lust benützen.
4. Die Schaufenster und Läden der Buch- und Schreibwarenhandlung und ähnlicher Geschäfte sind darauf hin im Auge zu behalten, daß sie der Jugend nachteilige Druckschriften und Abbildungen nicht enthalten. Auf die Beseitigung der beanstandeten Sachen ist mit dem Hinweis darauf einzuwirken, daß andernfalls den Schülern aus schuldissziplinären Gründen verboten werden müßte, ihren Bedarf in den betreffenden Geschäften zu decken. Wo an einem Orte mehrere Schulen (insbesondere auch die Volksschule) in Betracht kommen, empfiehlt sich stets ein gemeinsames Vorgehen der Schulen und dabei die Mitwirkung der Kreisbehörde umso mehr, als ein strafrechtliches Einschreiten gegen den Geschäftsinhaber in Frage kommen kann. Im Falle von Meinungsverschiedenheiten der beteiligten Stellen und in Zweifelsfällen ist von einem Vorgehen abzusehen oder unsere Entschlieung einzuholen.
5. Es empfiehlt sich, auf die Besitzer von Kinetographen einzuwirken, daß sie Vorstellungen aus dem Gebiete der Märchen, der Geschichte, Technik, Länder- und Völkerkunde für den Besuch von Schülern oder Schülern veranlassen.
6. Soweit noch nicht geschehen, ist auf die Tagesordnung der Kreis- und Bezirkslehrerkonferenzen ein Vortrag über den Kampf gegen die Schulbibliothek zu setzen.

Wenn alle Kreise der Bevölkerung sich am Kampfe gegen die schlechte Literatur beteiligen, und wenn namentlich Schule und Haus Hand in Hand vorgehen, dann wird, wenn auch nicht über Nacht,

so doch allmählich die Art der Literatur, die auf unsere Jugend so schädigend einwirkt, von der Bildfläche verschwinden.

Volkstunstabende werden zurzeit in Charlottenburg unter Unterstützung des dortigen Magistrats vom Verein zur Förderung der Kunst veranstaltet. Die Vorträge finden statt im Festsaal des Kaiser Friedrich-Gymnasiums, Anzebestr. 24, und beginnen um 8 Uhr. Am 20. November spricht der Dozent für Kunstgeschichte Dr. Koeppen über „Benedig und seine Kunstschätze“, am 11. Dezember der Musikschaffsteller B. Kretsch über das Thema: „Wie hören wir Musik?“ Am 15. Januar 1911 wird Dr. Goldschmidt über „Ludwig Angenbruber“ sprechen, am 5. Februar der Kgl. Musikdirektor Münersdorf über die Frage: „Wie das Volk dichtet und singt“ und am 19. Februar Wilhelm Spohr über „Rembrandt“. Die Vorträge werden zum Teil durch Lichtbilder, Regitationen und Musik erläutert. Das Eintrittsgeld für jeden Vortrag beträgt 50 Pfg.

Die erste Volksvorstellung der Generalintendantur der Königl. Schauspiele in dieser Saison findet am Montag, den 21. November, abends 8 Uhr, im Neuen Königl. Operntheater (Kroll) statt. Zur Aufführung gelangt: „Der eingebildete Kranke“, Lustspiel von Molière. Der Herr Generalintendant von Hülsen hat die Güte gehabt, dem Verein für Volksunterhaltungen — wie bisher — den Billetverkauf zu übertragen. Derselbe erfolgt in den bekannten Verkaufsstellen des Vereins.

### Gewertvereins-Zeitl.

Bremen. Genfer Verband der Hotel- und Restaurationsangehörigen, Section Bremen. Die am 10. d. Mts. im Restaurant stattgefundene Generalversammlung wurde von dem Vorsitzenden Fischer mit einer kleinen Ansprache eröffnet. Die Protokolle wurden ohne Einwendungen entgegengenommen, desgleichen die Vereisung einer Anzahl eingelaufener Schreiben. Der Vorsitzende machte auf das Offertenblatt der Internationalen Hotel-Industrie aufmerksam und ersuchte, dasselbe bei allen Befragen zu unterstützen, weil auch dadurch den privaten Stellenvermittlern entgegengearbeitet würde. Dem Quartalsbericht, den der Kassierer Thran erstattete, entnehmen wir, daß an Krankengeldern 252 Mark ausgezahlt wurden, an die Hauptkasse wurden 159 Mark eingelangt. Der Bericht der Spezialkasse ließ einen günstigen Stand erkennen. Um jedoch für die Erfüllung lokaler Zwecke noch mehr als bisher Mittel zur Verfügung zu haben, beantragte der Vorstand die Erhebung eines monatlichen Ertragsbeitrags. Dieser Antrag rief eine rege Debatte hervor. Nach Auffklärung einiger Unklarheiten wurde einstimmig beschlossen, am 1. Dezember einen monatlichen Ertragsbeitrag zu er-

heben. Den Jahresbericht erstattete Herr Thran. Auch dieser Bericht zeugte von reger Tätigkeit. Die Mitgliederbewegung war eine zufriedenstellende, die Stellungnahme zu den verschiedenen, die Interessen der Gewerkschaften berührenden Fragen eine energische. Die darauf folgende Diskussion zeigte, daß man mit der Tätigkeit des Vorstandes einverstanden war. Es wurde demselben Dank ausgesprochen, dem Kassierer Dedorge erteilt. Einig war man sich in dem Bestreben, im laufenden Jahre alle Kräfte anzuspinnen, um die Section Bremen zu härten und auszubauen. Beschlissen wurde das Stiftungsfest im Januar in den Zentralhallen zu feiern. Den Bericht über die Generalversammlung des Genfer Verbandes in Köln erstattete in übersichtlicher Weise der Delegierte Herr Thran. Die Ab- teilung Deutschland des Genfer Verbandes zählte auf der Generalversammlung 414 Mitglieder. An Unter- stützungen wurden in der Berichtsperiode 254 000 M. ausgezahlt. Der Redner konstatierte, daß auf der Gene- ralversammlung volle Einmütigkeit in allen wichtigen Fragen geherrscht habe. Alle Delegierte seien ent- schlossen gewesen, für die Interessen des Verbandes nach besten Kräften zu arbeiten. Der Versuch der Schweizer Abteilung, durch Gründung einer besonderen Landeszeitung insoweit in die Reihen des Verbandes zu tragen, sei einstimmig zurückgewiesen worden. Herr Geisler dankte dem Delegierten für den schönen Bericht. Ein Antrag des Direktoriums, der Bezug nahm auf die Gründung der Schweizer Zeitung wurde einstimmig an- genommen; das Verhalten des Herrn Börner als Herausgeber der Zeitung scharf beurteilt.

Die Wahl des Vorstandes ergab folgendes Re- sultat: Herr Fischer, 1. Der Richter, 2. Vorhändler, Herr Thran, Kassierer, Herr Kost, 1. Herr Anshewski, 2. Schriftführer. Die Herren Weibel und Sinke als Beisitzer, Herr Stinnoch als Revisor.

Bei dem Punkt „Verdrehens“ wurden noch Klagen über die Stellenvermittlung vorgebracht. An einem Bei- spiel wurde gezeigt, wie einzelne Stellenvermittler ver- suchen, die geschlichen Bestimmungen zu umgehen. Be- schlussen wurde, allen Mitgliedern ein Verzeichnis der Gebühren, die die Stellenvermittler verlangen können, auszuhandigen. Anzufragen sei die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises. Jede Verletzung der Stellenvermittler soll dem Vorstand gemeldet werden, damit die Uebertretungen gerügt werden können.

Der Vorsitzende schloß die von gutem Geiste bejeelte Versammlung mit der Aufforderung, im laufenden Jahre im Interesse des Genfer Verbandes tätig sein zu wollen.

### Verbands-Zeitl.

#### Berlin. Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewertvereine (G. V.). Versammlung im Hotel „Königliche Hof“, Greifswalderstr. 22-23. Die Sitzung am 16. Nov. fällt wegen des Fußgänger aus. Mittwoch, 23. November, Vortrag des Kollegen Sewin über: „Die Organi- sation der gelben Gewerkschaften“. Gäste willkommen. — Gewertvereins-Liederabend (G. V.). Jeden Don- nerstag abds. 9-11 Uhr, Unterhaltung im Vereinshaus für den Deutschen Gewertvereine (Grüner Saal). Gäste mit- genommen, 19. November. Maschinenbau- und Re-

taillarbeiter IV. Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Bonader, Bäckstr. 61. Protokoll. Monatsbericht. Bericht vom Bezirksrat. Bericht der Kombinierten. Besprechung über Weihnachtsgelder. — Maschinenbau- und Metallarbeiter V. Abds 8 1/2 Uhr, Generalversammlung, Ausschußwohl. Vortrag des Kollegen Joseph über den „Verbandstag der Feinschneid- und Kaufmanns- gerichte“. — Maschinenbau- und Metallarbeiter IX. Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung Böttgerstr. 22. Neuwahl des Ausschusses. Anmeldung zur Weihnachtsgeldbesprechung. — Maschinenbau- und Metallarbeiter XII. Abends. 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Krull, Fuldenerstr. 51. — Maschinenbau- und Metallarbeiter VII. Versammlung am 19. Nov. fällt aus. Dafür Zagladend und Ausschuß- sichtigung. Nächste Versammlung am 26. Nov. bei Bunke, Triftstr. 68.

#### Orts- und Bezirksverbände.

Cottbus (Distriktsklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Don- nerstag im Monat bei Hanlein, Sandwerferstr. 42. — Duisburg (Distriktsklub). Jeden 1. und 3. Son- ntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Gassenkamp, Friedrich Wilhelmstraße, Distriktsabend. — Düsseldorf (Volkswirtschaftsschule). Jeden Montag, abds. von 9-11 Uhr i. Verbandsklub, Ruffstr. 29. Sitzung. — Eisenfeld (Barmen Ortsverband). Jeden 1. Donnerstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreterabend bei Roggen- kämpfer, Eisenfeld, Kusenstr. und Gehlungstr. 6. — Gelsenkirchen (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverband- Vertreterabend, vormittags 10 Uhr, im Verkehrsklub G. Simon, Alter Markt. — Halle a. S. (Ortsv.). Der Distriktsklub wird jed. legt. Mitt- woch im Monat i. Passage-Neß, Nr. Braubaustr. 11. — Kaaren b. Wetzlar. Jeden 3. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsabend bei Ludwig. — Gumburg (Ortsverb.). Jeden Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr präz., in Hüttmanns Hotel, Wollstr., Distriktsabend. — Iserlohn (Distriktsklub). Jeden Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr präz., in Kamin Restaurant, Bader Kolpstr. 9, Kriegergasse. — Leipzig (Gewertvereins-Liederabend). Die Liedungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Be- reitschaftslokal „Stadt Hannover“, Seebur, Nr. 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzgl. willkommen. — Wälheim a. Ruhr (Ortsverband). Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, Vertreter- abend beim Wirt Joh. Köller, Sandstraße 28. — Cottbus (Sängerchor der Gewertvereine). Die Liedungs- stunden finden jed. Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Böttstr. 5, statt. Stimmbegabte Kollegen sind herzgl. will- kommen. — Ziegel (Distriktsklub für Ziegel, Porzellan- und Steinindustrie). Sitzung jeden Dienstag abds von 8 bis 10 Uhr bei Köhner, Berlinstr. 88. Gäste willkommen. — Weiskensfeld a. S. (Gefangsabteilung der Gewert- vereine). Liedungsstunden jeden Dienstag, abends 8 1/2 bis 11 Uhr im Bereitschaftslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Gefangene Gewertvereinskollegen sind willkommen. — Weiskensfeld (Distriktsklub der Gewertvereine). Jeden Mittwoch 9-11 Uhr Sitzung im Rest. „Schweizerhaus“.

Veränderungen bzw. Ergänzungen zum Adressen- verzeichnis. — Mainz (Ortsverband) Emil Reiffert, Vor- sitzender, Belfortengasse 12. G. u. Eulendruck, Schriftführer, Gärtnerstraße 2. Jaf Bargon, Kassierer, Edmürringstraße.

## Anzeigen-Zeitl.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

**Bekanntmachung.**  
Am Sonntag, 20. November, vorm. 9 1/2 Uhr, findet in Köni- gshof 1. Nr. im Hotel zum Kronprinzen, Vorder Vorplatz Nr. 66/67, ein **Öffentlicher Bezirksrat** der Deutschen Gewertvereine statt, an welchem auch die nächstbenachbarten Ortsverbände Bestreuhens teilnehmen können. Anmeldungen sind zu richten an den Ortsverbands- schriftführer Max Hellwig, Königsberg i. Pr. Bäckstr. 17. In Vertretung des Verbandes der Deutschen Gewertvereine ist mit dessen Vorsitzender, Kollege Karl Goldschmidt, an den Verhand- lungen teil. Wir bitten um zahlreiche Beteiligung. Der geschäftsführende Ausschuß: Franz Reußert, Verbandssekretär.

Ein neues Buch  
**Lexikon des Arbeitsrechts**  
in Verbindung mit  
Felix Claus, Hermann Vog, Hermann Zuppe  
herausgegeben von Alexander Eiser.  
Verlag von Gustav Fischer in Jena.  
Der sich rasch über eine Frage des Arbeitsrechts unterrichten will, findet in diesem praktischen Lexikon in knapper Darstellung jede gewünschte Information. Ordere Bibliotheken, Universitäts- und Lehrbibliotheken, sowie die Bibliotheken der Arbeiterbewegung sollen sich in den Besitz des Buches setzen. Gegen Entsendung des Kopienpreises von 4,20 M., pro Exemplar in gutem Be- stande wird sofort frankierte Zusendung. Das Geld ist an unsern Verbandskassierer Rud. Klein, Berlin NO 55, Greifswalderstraße 22-23 zu senden. Die Bestellung ist auf den Postabschnitt zu schreiben.

**Erlich** (Fabrik- und Hand- arbeiter). Durchreisende Gewertvereinskollegen erhalten Abendbrot, Nachtlohn, Kaffee und Frühstück. Verpflegungskarten beim Kassierer G. Clausen, Rolonstr. 22.  
**Elppstadt** (Ortsverband). An durchreisende Kollegen wird eine Unterfertigung von 75 Pfg. gezahlt vom Kassierer B. Wiese, Elpp- stadt, Dierbogerkauffee 82.  
**Harth i. Pomern** (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. Karten sind zu haben bei Aug. Dähn, Popli- straße 211b. Arbeitsnachweis bei.

**Hamburg** (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten für 2 Tage Unterfertigung. Soms beim Ortsverbandskassierer J. G. I. o. m. p. Altona, Al. Johannisstraße 25 III und beim Kassierer der Maschinen- bauer Otto Seiber, St. Pauli, Eincolnstraße 6 I.  
**Schwelmig** (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Ver- pflegungskarten im Werte von 75 Pfg. bei allen Ortsvereinskassierern Kol- legen, welche hier keinen Ortsverein haben, erhalten die Karten beim Ortsverbandskassierer Kollegen K. Dieckhoff, Bäckstr. 2 II Trp.

**Alles zusammen nur zwei Mark!**  
Uhrkette, Siegelring, Portemonnaie, Kraw.-Nadel.  
Bei Bestellung bitte Fingermaß angeben.  
Bild: A watch chain, a ring, a pocket watch, and a tie pin.

**Walden** (Ortsverb.). Wandernbe Kollegen erhalten Verpflegungs- karten im Werte von 75 Pfg. bei ihren Ortsvereinskassierern, Kol- legen, deren Ortsverein nicht ver- treten ist, beim Ortsverbandskas- sierer B. K. r. i. s. D. b. e. r. e. i. n. w. e. g. 8 II. Arbeitslose Kollegen, welche hierher kommen und wegen Arbeit Ansuchen halten, aber gleich wieder abreisen, erhalten ein Dis- pengungskarte von 50 Pfg. nur beim Ortsverbandskassierer.  
**Edin und Wälheim a. Rh.** (Ortsverb.). Durchreisende erhalten Verpflegungskarten im Gewert- vereinsbureau, Severtstr. 118 I.  
**Kollegen, raucht Gewertvereins-Zigaretten**  
aus rein reinem Tabak (reinem Tabak)!  
Eine jede Ortsverwaltung betrachte dies als Ehrensache, gemeinsame Be- stellungen zum Gen und die Zigaretten in Ihrem Verbandskasse zu emp- fohlen. Ein Versuch führt zu dauer- hafter Kundhaft!  
Unterstützt Eure Kollegen und be- stellt sofort Probeforderung aus der Gewertvereins-Zigarettenfabrik, G. u. u. S., Sodenheim, Waden.